

Laibacher Zeitung.

Nr. 68.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 16, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 26. März

Insertionsgebühren die 10 Zeilen: 1mal 60 Kr., 2mal 90 Kr., 3mal 1.20; 10mal 1.80 Kr., 20mal 2.40 Kr., 30mal 3.00 Kr., u. s. w. Inserationsdruckerei jedesm. 30 Kr.

1874.

Amtlicher Theil.

Wien, 23. März.

Heute am fünfundzwanzigsten Jahrestage der Schlacht bei Novara und der Verleihung des Maria-Theresien-Ordens an Se. kais. Hoheit den durchlauchtigsten Herrn Feldmarschall Erzherzog Albrecht haben Se. Majestät der Kaiser Höchstselben mit einem Besuche beehrt und folgendes Allerhöchste Glückwunschsreiben an Se. kais. Hoheit zu richten geruht:

„Lieber Herr Better Erzherzog Albrecht!

In Stunden harten Kampfes haben Euer Liebden heute vor 25 Jahren bei Novara als leuchtendes Vorbild heldenmüthiger Ausdauer um die Palme des Sieges rangen und nicht gering ist Ihr Antheil an den für die Armee so ruhmreichen Erfolgen dieses Tages.

Wie damals, bei Verleihung des Ihnen einmüthig anerkannten Maria-Theresien-Ordens, versichere ich Ich Sie auch heute meiner unvergänglichen Dankbarkeit für Ihre großen Leistungen und erneuere von ganzem Herzen Meine Glückwünsche zu diesem für Euer Liebden so schönen Erinnerungsfeste.

Franz Joseph m. p.“

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen vom Tage.

Die Debatten im Hause der Abgeordneten des österreichischen Reichsrathes liefern erfreulichen Nachweis, daß Ministerium und verfassungstreue Majorität der Abgeordneten im großen und ganzen sich in Uebereinstimmung befinden.

Das „Fremdenblatt“ schreibt: „Man darf mit Recht behaupten, daß noch keine constitutionelle Regierung in Oesterreich sich auf eine Majorität stützen konnte, die jener gleich wäre, welche die beiden ersten constitutionellen Gesetze votierte. Die Folgen dieser politischen Thatfachen äußern sich zunächst darin, daß die zu Anfang der Parlamentsverhandlungen selbst von verfassungstreuer Seite ausgesprochenen Zweifel in die Festigkeit der Stellung des Cabinets nun gänzlich beseitigt sind. Die Stellung des Ministeriums ist durch die ultramontanen Angriffe, welche dieselbe erschüttern sollten, neuerdings gekräftigt worden, und die mehr oder weniger wichtigen Debatten, welche in beiden Häusern des Reichsrathes noch bevorstehen, werden in diesem Resultate nichts mehr ändern. Auch die entschiedensten Gegner der wirtschaftlichen Politik des Ministeriums müssen anerkennen, daß es unter schwierigen Verhältnissen die Aufgabe, den öffentlichen Credit zu wahren, mit Erfolg zu lösen verstand. Die Krise ist an den Staatsfinanzen zwar nicht spurlos vorübergegangen, aber sie hat auf diesem für das Wohl des Staates so wichtigen Gebiete keine Verwirrung hervorgerufen. Die verfassungstreue Majorität der Abgeordneten muß das Ministerium unterstützen, dessen Bestand mehr als je gleichbedeutend ist, mit der Erhaltung des politischen Systems, an welches die Hoffnungen der österreichischen Patrioten geknüpft sind. Wir meinen damit nicht, daß die verfassungstreue Majorität ein Opfer an ihren Prinzipien verlangt, da die Regierung mit der Verfassungspartei auf demselben Boden steht. Es kann sich nur um Zugeständnisse handeln, welche eine Opportunitätspolitik zu machen gebietet, und wenn die Verfassungspartei vor solchen Zugeständnissen zurückschrecken würde, so hieße dies den Scheinliberalismus und die radicale Phrase höher stellen, als das wohlverstandene Partei- und Staatsinteresse. Die bisherige so besonnene und staatsmännische Haltung der Verfassungspartei läßt uns hoffen, daß die in den letzten stürmischen Tagen erprobte Solidarität von Dauer sein werde.“

Die öffentlichen Blätter besprechen noch fort die in Wien vor einigen Tagen stattgefundenen Katholiken-Versammlung; insgesamt stimmen sie in der Meinung überein, daß die Regungen solch' fanatischer Parteirichtung nicht gefährlich seien, da keine Aussicht mehr vorhanden sei, das Volk für dieselben einzunehmen.

Die „N. N.“ sagt in einem Artikel: „Wer anhänglicher heraus Gastrollen in der Opposition zu geben, der arbeitet einem lauernden Gegner in die Hand; wer da über die Schlachtordnung hinausgeht, der gibt eine Plankarte preis und öffnet eine Bresche. Die Erkenntnis der Vermeidung dieser Gefahr ist es, die

den parlamentarischen Vorgängen der jüngsten Zeit einen so bedeutsamen Charakter aufprägt; die Mehrheit des Abgeordnetenhauses blieb fest, ließ sich auf keine Seitenwege verleiten, behielt unbeirrt das große Hauptziel im Auge, und mit dieser wohlbedachten Taktik, sich dem englischen Vorbilde nähernd, emancipierte sie sich von jenem älteren Vorurtheile, das unter allen Umständen die Opposition, mochte sie auch noch so zweckwidrig angebracht sein, für ein politisches Verdienst hielt.

Der „Interpendance belge“ zufolge hat die letzte Encyclica in Italien eine gewisse Bewegung hervorgerufen. Die Encyclica beweise, wie weit die Kühnheit der Curie gehe. Italien erwarte, daß der Kaiser von Oesterreich den bisher eingeschlagenen Weg mit gleicher Sicherheit verfolge; er könne ihn nicht verlassen, ohne den öffentlichen Frieden, vielleicht auch die Sicherheit des Reiches stark zu gefährden.“

Reichsrath.

39. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 21. März.

Präsident Dr. Rechbauer eröffnet um 11 Uhr 20 Min. die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Ihre Excellenzen die Herren Minister: Freiherr v. Lasser, Dr. Banhans, Dr. Glaser, Dr. Unger, Ritter v. Ehlmeckh, Freih. v. Pretis, Oberst Horst und Dr. Ziemialkowski.

Es sind Petitionen eingelaufen. Der Ausschuss betreffend die Hintanhaltung der Kinderpest hat sich constituirt.

Zur Tagesordnung wurden die Großgrundbesitzerwahlen für Niederösterreich und Steiermark agnosciert.

Specialdebatte über den Staatsvoranschlag für 1874.

Kap. VI, Tit. 9 Wasserbau. Die eingestellten Summen für Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg wurden genehmigt. Für die Wasserbauten in Steiermark beantragt der Ausschuss 35,000 fl. und außerdem als Ararialbeitrag für Flußregulirungen 18,500 fl. einzustellen.

Abg. Portugal beantragt für die Mur-Regulierung noch 25,000 fl. als Extraordinarium einzustellen.

Specialberichterstatter Dr. Giskra tritt dem Antrage entgegen. Wenn auch das Gesetz über die Mur-Regulierung noch in diesem Jahre zu Stande käme, so würde kaum bis zum Spätherbste die Regulierung vollendet sein. Ueberdies sollen nach dem projectierten Gesetze 500,000 fl. vom Lande, 500,000 fl. vom Staate und 250,000 fl. von den Bezirken geleistet werden. Die 25,000 fl., welche auf den Staat für dieses Jahr entfallen werden, würden daher nur todt in den Staatskassen liegen. Nach diesen Aufklärungen zieht Dr. Portugal seinen Antrag zurück. Die für Krain eingestellten 11,000 fl. wurden bewilligt. Für Krain sind 11,000 fl. und für die Save-Regulierung 7000 fl. für Galizien 200,000 fl.

Abg. Czernawski empfiehlt der Regierung raschere Durchführung der Wasserbauten an der Weichsel, San, am Dniester und einigen Nebenflüssen.

Das gleiche empfiehlt Abg. Groß für Oberösterreich, besonders bezüglich der Schiffahrt auf der Donau, da deren Regulierung viel zu wünschen übrig lasse. Namentlich sei auf die Zuflüsse der Donau das Augenmerk zu richten. Hiemit ist dieses Kapitel erledigt und wird eine Resolution über die Nothwendigkeit größerer Radselfgengbreite auf den Reichsstraßen angenommen, jene wegen der Poststraße von Ragusa nach Cattaro abgelehnt.

Kap. VII Ministerium für Landesverteidigung (Gesamterforderniß 8.830,000 fl.).

Tit. 1—7 werden ohne Debatte angenommen.

Zu Tit. 8 (Gendarmerie) bringt Abg. Suppan die Resolution ein, die Regierung werde aufgefordert, an die Gendarmerieposten die Weisung ergehen zu lassen, in wichtigen Fällen den Gemeinden auf ihr specielles Einschreiten Gendarmerieassistenz zu leisten. Angenommen.

Se. Exc. der Herr Landesverteidigungsminister bemerkt, ein bezügliches Gesetz sei bereits dem Herrenhause vorgelegt und daß überdies für besondere Fälle die Posten eine ähnliche Weisung erhalten hätten.

Der Rest des Kapitels wird erledigt.

Kap. VIII Ministerium für Cultus und Unterricht. (Erforderniß 16.633,071 fl.)

Bei Tit. 2 (Schulaufsicht) erklärt sich Abg. Coromini gegen die Vereinigung der Landeslehrkräfte von Görz mit jenen von Triest.

Bei dem Kapitel (Central Commission und Direction der administrativen Statistik) nimmt Abg. Beer Anlaß, auf ihre Bedeutung und die Mängel derselben in Oesterreich hinzuweisen. Der Handelsminister habe zwar in seinem Ministerium ein eigenes statistisches Bureau errichtet, allein der eigentliche Zweck kann nur durch Zusammenwirken aller einzelner Ministerien errichtet werden.

Se. Exc. der Herr Unterrichtsminister erwidert, daß die Regierung nicht locale, sondern die allgemeinen Interessen des Unterrichtes im Auge hatte, als sie die Schulräthe von Görz und Istrien vereinte. Die Ansichten des Dr. Beer theile die Regierung vollkommen und sie werde auch ihre besondere Theilnahme diesem Gegenstande widmen. Die übrigen Titel der Centralauslagen werden ohne Debatte genehmigt.

Zum Abschnitt Cultus (Erforderniß der Religionsfonds) stellt Abg. Wedl die Resolution, die Regierung werde aufgefordert, die Agenden des Unterrichtswesens von jenen des Cultus zu trennen. Wird unterstützt.

Abg. Paulinovic (serbisch) beantragt für Neubauten in Dalmatien 105,727 fl. zu bewilligen.

Der Berichterstatter spricht dagegen, indem er anführt, was die Regierung für Dalmatien bereits gethan habe; schon betrage der Vorschuss für den dalmatinischen Religionsfond sechs Millionen.

Lappena befürwortet den Antrag Paulinovic's. Derselbe wird abgelehnt und der Ausschussantrag angenommen.

Die übrigen Paragraphen werden genehmigt.

Zu Titel 10 (Stiftungen und Beiträge zu katholischen Cultus-Zwecken 462,280 fl.), kann Abg. Pfarrer Weber dem Orange nicht widerstehen, in bitterer Klagen auszubrechen, daß in Wien die böhmischen Katholiken weniger gut behandelt werden, als die Wilden.

Sie könnten die katholischen Uebungen nicht einmal in ihrer Muttersprache ausüben. Man habe ihnen geradezu ihren Gott genommen. Der Unterrichtsminister möge den armen Böhmen eine Kirche öffnen.

Ed. Such widerlegt die Ausführungen des Vorredners.

Abg. Liebhaber bittet den Minister um Aufklärung, ob die Unterstützungen für die anderen Confessionen auch nur Vorschüsse wie bei der katholischen seien.

Se. Exc. der Unterrichtsminister antwortet sogleich, daß diese ebenso wenig für evangelische und griechisch-orientalische wie für katholische Cultuszwecke Vorschüsse, sondern Beiträge vonseite der Regierung seien.

Die übrigen Titel werden anstandslos genehmigt. Schluß 3 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Die Ministerkrise in Ungarn

hat nach längeren Schwankungen endlich ihren Abschluß gefunden. Kein geringer Theil der Mühe bei Zustandekommen des Ministeriums Bittko oblag dem allergnädigsten Kaiser und Könige selbst.

Das „Fremdenblatt“ sagt: „Wieder war es des Monarchen eigenstes Dazwischentreten, die bewältigende Autorität des unerschütterlich constitutionellen Sinnes des Trägers der Krone durch dessen unmittelbares Eingreifen der in endlosen Wirrsalen verstrickte Geist der Nation auf die richtigen und rechten Fährte zurückgeführt wurde. Die Parteien und ihre Führer irrten seit vielen Monaten schon zwecklos im Labyrinth der vielen Coalitions- und Fusionenpläne umher. Mit der Schwierigkeit der Situation stieg die Katholizität aller; die klarsten Köpfe hatten beinahe Weg und Ziel verloren. Da erschien der Monarch selbst an dem Orte der politischen Verwirrung, er ließ die Führer der Nation vor sich erscheinen: Alle ohne Parteiunterschied vom Cardinal Simor bis zu Tisza, die sogenannten Nächsten des Thrones, wie die Vertreter der „allgerneuesten“ Opposition. Er selbst nahm den Versuch der Coalition in die Hand und bei dem Führer der Opposition stand es, in den Rath der Krone zu treten. In dem Momente jedoch, als Tisza den Frieden mit Oesterreich, den Ausgleich von 1867 als einen Gegenstand politischer Experimente ansehen wollte, wurde auch schon auf seine Vererbung verzichtet.“

In der „Montagsrevue“ lesen wir an letzter Stelle nachstehenden Artikel:

Die Deakpartei liefert dem neuen Ministerium den Präsidenten und die überwiegende Mehrzahl der Cabinetsmitglieder, die Centrumpartei ihren bisherigen Führer, den jetzigen Finanzminister Koloman Ghyicz. Die Projecte einer durchgreifenden Coalition, welche alle hervorragenden parlamentarischen Elemente in der Regierung vereinigt hätte, sind gescheitert. Offenbar hat man die Lage nicht als eine so trübe erkannt, daß sie die Einsetzung einer Art ministeriellen Wohlfahrtsausschusses rechtfertigen könnte, dem ohne Rücksicht auf prinzipielle Parteiunterschiede bloß die Rettung des Vaterlandes zufallen würde. Darin liegt unzweifelhaft ein beruhigendes Symptom. Die Deakpartei behält das Heft in den Händen und ein so bedenkliches Experiment, wie das der gouvènementalen Verkittung der heterogensten Richtungen und staatsrechtlichen Auffassung erscheint glücklich vermieden.

Das Ministerium Bitto ist nichtsdestoweniger ein Ministerium und von jenem verheißungsvollen und erfolgswenigen Aufschwunge des Geistes, der die Frühlingstage des unbegründeten Parlamentarismus in Ungarn eingeleitet, ist wenig zu bemerken. Erste Sorge lastet auf allen Gemüthern. Die Deakpartei hat ihre Reihen gemustert und einen fast erschreckenden Mangel eigentlich regierungsfähiger Candidaten wahrgenommen. Die wenigen Jahre parlamentarischen Regiments weisen einen Verbrauch an politischen Kräften auf, der unter anderen Verhältnissen wahrhaft unerhört erschienen wäre. In der Partei selbst zeigte sich die Zerspaltung der Meinungen, das Auseinanderfallen der Tendenzen. Der staatsrechtliche Begriff, der das einigende Band um die Deakpartei geschlungen, deckt nicht mehr vollständig die politischen Ueberzeugungen. Es ist immer bedenklich, wenn eine große Parteiorganisation nur auf einem einzigen positiven Momente beruht. Die Anerkennung der Thatfachen, welche den österreichisch-ungarischen Verfassungskampf abgeschlossen haben, die Vertheidigung des Ausgleiches sind allerdings sehr wichtige und entscheidende Parteiprinzipien, aber sie reichen nicht für alle Fälle aus. Sie lassen innerhalb der Partei selbst einem Widerstreite der Bestrebungen Raum, der ihre stramme Zusammenfassung zu Gunsten einer aus der Partei hervorgegangenen Regierung kaum gestattet.

Hierin liegt die eigentliche Quelle der Schwierigkeiten, welche die Neubildung des Cabinetes beherrscht haben. Allein ist das Ministerium Bitto ein Auskunfts-Ministerium, so genießt es allerdings auch die Vortheile eines solchen. Unleugbar hat die jüngste Krisis zur Selbsterkenntnis, wie zur Disziplinierung der Deakpartei beigetragen. An dem Schicksale des Ministeriums Szlavay mochte sie erkennen, daß die laue Unterstützung eines Ministeriums gefährlichere Konsequenzen nach sich zieht, als die offene Opposition und daß in parlamentarisch regierten Staaten nichts weniger gerechtfertigt werden kann, als die Erschütterung einer Regierung, ehe man für ihren Ersatz vorgesorgt hat. Denn allerdings forscht man vergeblich nach den prinzipiellen Gründen, welche das Ministerium Szlavay aus dem Amte gedrängt haben. Und persönlich genoß der zurückgetretene Ministerpräsident nicht nur der vollen Achtung seiner Partei, sondern auch lebhafter Sympathien und eines keineswegs geringen populären Ansehens.

Zunächst also hat das Ministerium Bitto allerdings die volle Unterstützung der Deakpartei zu erwarten und es kann ohne wesentliche Existenzsorgen an die zahlreichen Aufgaben Hand anlegen, welche an die ungarische Regierung herangetreten sind. Daß gerade das Finanzministerium einem Mitgliede der Opposition anvertraut wurde, zeigt, nach welcher Richtung hin diese Aufgaben in erster Linie gravitieren. In der That liegt darin ein offenes und loyales Bekenntnis des Ministeriums Szlavay — ein Bekenntnis, das freilich auch in die frühere Regierungsperiode hinübergreift — wie sehr die Klagen begründet waren, welche gegen die Finanzverwaltung erhoben worden sind. Es ist allerdings längst nachgewiesen und anerkannt, daß die Uebelstände sich nicht bloß aus der Verwaltung, sondern aus der Gesamtheit des ungarischen Regierungssystems ergaben, und daß die reformatorische Arbeit des deakistischen Ministeriums eine systematische und prinzipielle sein müssen wird. Unleugbar wird dem neuen Finanzminister eine politische Stellung im Ministerium zufallen und die Vorbehalte, welche er bezüglich seines politischen Programmes im allgemeinen gemacht zu haben scheint, sind daher nur mit einer gewissen Einschränkung aufzunehmen.

Allem Ermessen nach hat also das Ministerium Szlavay, welches den Kern des neuen Cabinetes bildet, eine leichte Nuancierung nach links erhalten, die vielleicht um so erkennbarer hervortreten wird, als auch der neue Ministerpräsident einer vollkommen ausgeprägten Richtung zu entbehren scheint und gewisse Compromisse augenblicklicher Opportunität schwerlich von der Hand weisen wird. Im ganzen scheint das Ministerium in Ungarn mit Sympathien begrüßt zu werden. Wenn man ihm nicht allzu große Erwartungen entgegenbringt, so darf das wohl nicht als ein politischer Nachtheil betrachtet werden. Jedenfalls ist einer höchst unerquicklichen Situation in durchaus constitutioneller Weise ein Ende gemacht und die Muthlosigkeit, der Mangel an politischer Energie, die alle Parteien ergriffen zu haben scheinen, haben schon dadurch eine natürliche Begrenzung gefunden. Alles übrige ist Sache ernster politischer Arbeit und eines kräftigen patriotischen Zusammenwirkens. Daß die politische Nation Ungarns nicht wieder in den ausgeprägtesten ihrer nationalen Fehler, in den der Selbstüberschätzung, zurückfallen werde, dafür scheinen die jüngsten Ereignisse doch ausreichend gesorgt zu haben."

Politische Uebersicht.

Laibach, 25. März.

Die Mehrzahl der deutschen Blätter enthält an erster Stelle patriotische Betrachtungen, welche den stattgehabten siebenundsiebzigsten Geburtstag des Kaisers Wilhelm zum Gegenstande haben. Von thätlichem Interesse ist dabei die Mittheilung, daß das sächsische Königspaar persönlich in Berlin eingetroffen ist, um dem Kaiser seine Gratulation abzustatten. Berlin war in allen Theilen festlich beflaggt; außer den öffentlichen Gebäuden waren auch zahlreiche Privatgebäude decorirt. Um 11 Uhr wohnte der Kaiser dem Gottesdienste im Palais des Kronprinzen bei. Um 1 Uhr fand die Auffahrt der fürstlichen Personen, als: des sächsischen Königspaares, der Großherzoge von Ba-

den, Weimar, Mecklenburg, der Herzoge von Altenburg, Meiningen und anderer statt. Unter den Linden vor dem Königspalais versammelte sich eine zahlreiche Menschenmasse, welche den Kaiser mit enthusiastischen Zurufen begrüßte.

Auf die Anrede des Generalfeldmarschalls Grafen Wrangel beim Gratulationsempfang der Generalität erwiderte der Kaiser: „Nehmen Sie meinen Dank für die Wünsche, welche Sie für die Kräftigung meiner Gesundheit ausgesprochen haben. Ich nehme sie in diesem Jahre besonders gern an und glaube auf deren Erfüllung hoffen zu dürfen. (Zu allen Generalen gewendet): Auch Ihnen sage ich für die Gefinnungen meinen Dank, welche der Generalfeldmarschall soeben in Ihrem Namen ausgesprochen hat. Da Sie als Repräsentanten meiner Armee vor mir erscheinen, darf ich Ihnen nicht verschweigen, daß abermals eine Krisis über denselben zu scheitern scheint. Was ich damals vier Jahre lang aus Pflichtgefühl und Ueberzeugung erstrebte, aufrecht erhielt und erreichte, fand seinen Lohn in den über alle Erwartungen großen Erfolgen der Armee und der meiner Verbündeten. Dieses Gefühl gibt mir Muth zur Ausdauer auch jetzt; denn nicht um Kriege herbeizuführen, sondern um den europäischen Frieden zu sichern, halte ich fest an dem Bewährten. Leisten Sie mir dazu wie bisher auch weiterhin Ihren Beistand durch Ihre so pflichtgetreue Thätigkeit.“

In der nächsten Session wird sich der deutsche Reichstag, wie nach der „Epen. Ztg.“ als sicher anzusehen ist, mit der Berathung eines Versicherungsgesetzes zu beschäftigen haben. Zum Zwecke der Uebersetzung der betreffenden Vorlage wird im Sommer d. J. eine Enquête-Commission zusammentreten, für deren Berathungen bereits das erforderliche Material zusammengestellt wird.

Das „XIX. Siècle“ behauptet, Mac Mahon bestünde darauf, daß das Senatsgesetz vor und das Wahlgesetz nach den Vacanzen in Berathung gezogen werde. Die Regierung beabsichtigt, sich „République septennale“ zu nennen. — Finanzminister Wagne ist sehr krank. Man betrachtet seinen Rücktritt für ausgemacht.

Das neue englische Parlament wird sich sofort in erster Linie mit der Home-Rule-Frage beschäftigen müssen. Die Enquête ist bereits von irischen Mitgliedern des Parlaments beantragt. Ebenso sollen hundert Mitglieder eine Petition um Degradation der Fenier an Disraeli gerichtet haben.

Italien feierte am 22. d. M. mit patriotischem Pomp das fünfundsiebzigjährige Jubiläum seines Königs Victor Emanuel, welchem von den meisten Souveränen Europas bereits am Tage zuvor beifällige Glückwünsche zugewandt waren. Der König empfing die Glückwünsche des diplomatischen Corps. Von den Kaisern von Oesterreich, Deutschland und Rußland, der Königin von England, sowie von den Königen von Baiern und Schweden sind dem Könige Glückwünschungsschreiben zugewandt, ebenso ein Glückwünschungsschreiben des Präsidenten Mac Mahon und eine Glückwünschungsbefehle des Präsidenten Grant. Der schweizerische Gesandte überreichte ein Schreiben im Namen des Bundesrathes. Mehrere andere auswärtige Vertreter haben directe Schreiben ihrer Souveräne an den König

Feuilleton.

Die Schauspieler.

Eine Erzählung von Wilhelm Marsano.
(Fortsetzung.)

VIII.

Die Zeit bringt Dornen, sie bringt aber auch Rosen und Vergessenheit: und dieses Vergessen ist zu weit die einzige Rose, die sie uns bringt und oft die liebste, wenn sie auch nur eine welcke, farblose Blume ist.

So auch hatte man in dem Städtchen Schnippelheim bald den ganzen Einzug und das unselige Fest mit allen seinen Leiden vergessen. Nur eines blieb einem unvergessen! Dieses eine war die Heirat mit der Kunkel und dieser eine der Stadtschreiber Straubinger selbst. Dieser feuchte häufig sehr vernehmlich über sein erwähltes Los und hatte durch die Erkenntnis seines Jammers auch dem armen Fritz Mai all' das Unglück vergeben, was an jenem Festabend über sie beide gekommen und weshalb er ihm längere Zeit gram gewesen. Der Stadtschreiber erkannte in jenen tragischen Vorfällen den warnenden und strafenden Wink des Schicksals, welches ihn nun, weil er eitler Habucht fröhndend, sich dem Höhengdienste eines — zwar nicht gold'nen Kalbes, aber doch vergoldeten Krokodiles hingegeben, das ihn nun quälte und peinigte in anmuthiger Gestalt der Dame Kunkel.

Auch Fritz, der an jenem Abende geschworen, sich nie mehr von dem Reize der Bretterwelt verlocken zu lassen, vergaß bald seine festen Vorsätze und gab sich seiner Leidenschaft wieder mit voller Seele hin. Es wurde bei vielen Veranlassungen von der nun vollkommen organisierten Dilettantengesellschaft gespielt und Fritz schwamm mit neuer Lust in seinem phantastischen Elemente. Das Ganze gewann, wie die Spielenden älter

und geübter wurden, eine feste Gestalt und erhob sich bald über die Mittelmaßigkeit. Fritz spielte alte und junge Rollen untereinander und gewann, wenn auch dadurch nicht an Kunstsin und innerer Ausbildung, doch aber an Routine, welche bei so vielen Schauspielern oft den Mangel des Talentes und der Kunstliebe ersetzen muß. Die Mutter Mais, die wohl einsah, daß hier alle Ermahnungen nichts fruchteten, seufzte jetzt nur im stillen über das unglückliche Talent, das ihrem Sohne innewohnte und ihn dem väterlichen Tadeltische ganz entwöhnte; doch Schwester Emerentia nahm den spielenden Bruder in ihre Protection, führte das ganze ausgebreitete Handlungsgeschäft in großer Ordnung und so stellte die Mutter die Zukunft ihres Sohnes Gott anheim, der diesen ihr ganz unbegreiflichen Drang zu Schnurpfeisereien, wie sie es nannte, in seine Seele gelegt.

Da begab es sich, daß eines Morgens, als den Abend vorher eben das Gut Sternberg gegeben worden, Fritz den Holzheim spielte, zum großen Staunen der Versammlung, die am Ende nicht recht wußte, ob Mai nicht wirklich die Herrschaft gewonnen, weil er sich so natürlich gefreut — da begab es sich also, daß es vernehmlich an Frizens Thüre klopfte.

Sie öffnete sich und herein trat ein wunderbarer Mann.

Eine lange, hagere Gestalt, eingefallene Wangen von einem graurothen Barte umkränzt, etwas schielende Augen und eine Habichtsnase, die wie eine rothe Klaue aus dem bleichen Gesichte hervorsah.

Der Mann trug einen offenen, herabhängenden Hemdkragen, einen weiten Oberrock, der um die dünnen Glieder schlotterte, ehemals gelb gewesene lederne Beinkleider und große Reiterstiefel, an denen die Spuren einer langen Dienstzeit und eines langen Marsches zu sehen waren. Die eine Hand stützte sich auf einen Knotenstock, die andere griff grüßend an einen großen Sturmhut, den die Person auf grimmige Weise in die Augen gedrückt trug.

Fritz sah etwas verlegen seinen sonderbaren Mann an und wußte gar nicht, was er aus ihm machen sollte.

Der Mann stand vor ihm da, lähn wie ein oberer Feld und maß ihn mit funkelnden Blicken. „Mit wem habe ich die Ehre —“ frug endlich Fritz kleinlaut.

„Davon hernach“, erwiderte der Fremde. „Sie haben gestern hier den Holzheim gespielt?“

„Ja.“

„Recht brav, auf Ehre, charmant.“ —

„Oh!“

„Aus Ihnen kann viel werden, sehr viel.“ —

„Ich bitte.“ —

„Aber Sie müssen geleitet werden, verständig geleitet; der Weg zur Kunst ist lang und das Leben ist sehr kurz. — Haben Sie Durst?“

„Nein.“

„Das ist schlimm.“

„Warum?“

„Nun, wären Sie durstig, so hätten Sie wahrscheinlich etwas zum Trinken holen lassen und ich hätte bei der Gelegenheit mitgetrunken.“

„Das kann gleich geschehen.“

„Je nun, wenn Sie es so wollen, ich trinke gewöhnlich nur Wein, wenn aber kein Wein da ist, so trinke ich gewöhnlich nur Bier.“

Der Fremde setzte sich, legte den Sturmhut ab und Fritz eilte hinunter, um den wenigen Vorrath, der noch im Hause war, um einige Flaschen zu schwätzen, damit sein kritischer Bewunderer, der wahrscheinlich ein großer Kenner und Kunstfreund war, in seiner guten Laune erhalten werde.

Bei der ersten Flasche war mit dem Fremden nichts zu reden, weil er sich augenscheinlich nur mit der geistigen Würdigung des Getränkes abgab; doch bei der zweiten ergoß sich wieder seiner Rede gewaltiger Strom.

(Fortsetzung folgt.)

für 23. d. angekündigt. Der Empfang dauerte zwei Stunden. Viele Deputationen zur Beglückwünschung des Königs langten fortwährend in Rom ein.

Der rumänische Finanzminister legte der Kammer ein Project behufs einer Anleihe von 27 Millionen Francs, ferner ein Project betreffs Einführung des Salzmonopols vor. Der Cultusminister verlangte einen Credit von 700,000 Francs zur Erneuerung des Mobiliars im Nationaltheater.

Zum Nachfolger Lunatis's als König auf den Sandwich-Inseln wurde Fürst Kalakua erwählt. Die enttäuschten Anhänger der Königin Emma haben das Parlamentsgebäude anzuzünden versucht, aber einige amerikanische und britische Marinesoldaten landeten und zerstreuten den Pöbel. Der König ist noch mit Ermordung bedroht.

Zur Stellung der Katastralbeamten.

Der Gesetzentwurf betreffend die Einreihung der Katastralbeamten unter die activen Staatsbeamten und die Regelung ihrer Bezüge enthält im wesentlichen folgende Bestimmungen:

Die bei Ausführung des stabilen (allgemeinen) Grundsteuerkatasters oder des ungarischen Grundsteuerprovisoriums in Verwendung gestandenen und infolge des Gesetzes vom 24. Mai 1869 bei dem Gesetze der Grundsteuerregelung verwendeten Katastralbeamten werden nach ihrer dermaligen Dienstereignenschaft in die entsprechenden Rangklassen des Gesetzes vom 15. April 1873 derart eingereiht, daß:

die Centralinspectoren in die siebente;
die Vermessungs-Unterdirectoren und Schätzungs-Oberinspectoren unter der Benennung: Vermessungs-, beziehungsweise Schätzungs-Oberinspectoren in die achte;
die Vermessungs- und Schätzungsinspectoren, dann die Geometer und Schätzungscommissäre, ferner die Trigonometrierer, welche bisher ein Taggeld von 5 fl. bezogen, unter der Benennung: Vermessungs- und Schätzungsinspectoren, Obergeometer, und Schätzungs-Obercommissäre, dann Obertrigonometrierer in die neunte;
die Geometer und Schätzungscommissäre, dann Trigonometrierer, welche ein Taggeld von 4 fl. bezogen, unter der gleichen Benennung in die zehnte;
die übrigen Geometer und Schätzungscommissäre, die Vermessungs- und Schätzungsadjuncten, dann der Rechnungsführer, Expedient und Zeichner des lithographischen Institutes des Grundsteuerkatasters unter der Benennung: Untergeometer, Schätzungs-Untercornmissäre, dann Rechnungsführer, Expedient und Zeichner des lithographischen Institutes des Grundsteuerkatasters in die elfte Rangklasse, und zwar alle genannten Beamten mit der ihrem Dienstorte und ihrer Rangklasse entsprechenden Activitätszulage eingetheilt werden.

Als Dienstort hat der für die Winterarbeiten bestimmte Ort zu gelten.

Die Centralinspectoren, die Oberinspectoren und Inspectoren haben bei ihren Dienstreisen auf die normalmäßigen Diäten Anspruch.

Von den übrigen Beamten erhalten diejenigen, welche im auswärtigen Vermessungs- oder Schätzungsdienste verwendet werden, für die Reisen innerhalb des Bezirkes, für den sie bestellt sind, ein Diätenpauschale, und zwar: die Beamten der neunten Rangklasse mit jährlichen 500 fl., jene der zehnten und elften Rangklasse mit jährlichen 400 fl. Außerhalb des Bezirkes kann ein Zehrungsbeitrag bis zu 2 fl. per Tag für die Dauer dieser auswärtigen Dienstleistung bewilligt werden.

Bei eintretender Versetzung eines Beamten in den Ruhestand ist die ganze beim stabilen Kataster zugebrachte Dienstzeit in Anrechnung zu bringen.

Sollte bei Versetzung eines Beamten in den Ruhestand der jährliche Gehalt desselben geringer sein als zwei Drittel des Jahresbezuges, welchen er an Tag- oder Monatsgebühr bis zum Zeitpunkte der Wirksamkeit dieses Gesetzes hatte, so sind zwei Drittel des letzterwähnten Jahresbezuges für das Ausmaß des Ruhegeldes als Grundlage anzunehmen. Die gleiche Begünstigung hat auch für das Ausmaß der Versorgungsgehälter der nach diesen Beamten verbliebenen Witwen und Waisen Anwendung zu finden.

Wenn ein Beamter auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes an Gehalt und Activitätszulage, dann Diätenpauschale zusammen weniger erhält, als seine gegenwärtigen Bezüge an Tag- oder Monatsgebühr, dann Quartiergeld oder Localzulage zusammen betragen, so hat er eine Zulage im Betrage der erwähnten Differenz zu erhalten, welche nach Maßgabe der Vorrückung des Beamten in höhere Bezüge einzuziehen ist.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Juli 1874 in Wirksamkeit.

Tagesneuigkeiten.

— Se. k. und k. Apostolische Majestät sind am 22. d. morgens von Budapest nach Wien zurückgekehrt. — Er. Majestät der Kaiser werden heute den 26. d. M., in Wien Audienzen zu erteilen gerufen.

— (Gegen die Rinderpest.) Die k. k. Landwirtschaftsgesellschaft in Wien hat, nachdem auch die k. k. Landwirtschaftsgesellschaft in Görz ein gemeinsames Vor-

gehen der Landwirtschaftsgesellschaften wegen Wiederaufnahme der Beratungen über die Regelung einzelner der Veterinärwesen betreffender Maßregeln angeregt hat, an das Abgeordnetenhaus eine Petition, betreffend die Intantehaltung der Rinderpest, gerichtet, welche demselben folgende Punkte zur Würdigung empfiehlt: 1. Verbot der Einfuhr und Durchfuhr alles aus Rußland, der Moldau und Walachei und aus Serbien kommenden Rindviehes über die österreichisch-ungarische Grenze; 2. Erlaß eines neuen Gesetzes, betreffend die Intantehaltung und Tilgung aller Thierseuchen; 3. Organisierung des Veterinärwesens auf Grundlage des Gesetzes vom 30. April 1870, betreffend den öffentlichen Sanitätsdienst; 4. gesetzliche Regelung des thierärztlichen Unterrichtes und Unterstellung desselben unter das Unterrichtsministerium.

— (Zur Nordpolexpedition.) In der Fabrik von Reithofer in Wien werden gegenwärtig auf Bestellung des Grafen Wilczel fünfzig kleine Luftballons angefertigt. Dieselben werden, mit Depeschen versehen, den Wallfischfängern, welche bis zur äußersten Nordgrenze vordringen, zu dem Zwecke übergeben werden, damit sie dieselben an verschiedenen Stationen des Eismeres in die Lüfte steigen lassen. Vielleicht gelingt es auf diese Weise, sich mit unserer österreichischen Nordpolexpedition in Verbindung zu setzen oder eine Nachricht von derselben zu erhalten.

— (Neuer Planet.) Nach Bericht der Sternwarte zu Pola an die wiener Sternwarte wurde am 18. März um 14 Uhr 26 Minuten mittlere Sternzeit ein bisher unbekannter Planet entdeckt. Derselbe ist 11ter Größe und recht hell.

— (Strenger Winter.) Der Schneefall in den Central-Karpathen ist noch so bedeutend, daß am 13., 14. und 15. März auf der Strecke Lucivna-Hochwald-Basch vor den Flügen Schneepflüge zur Freimachung der Bahn vorkehren mußten.

Locales.

Aus der Gemeinderaths-Sitzung vom 24. März.

Gegenwärtig die Herren: Vizebürgermeister Andreas Mallitsch als Vorsitzender, 19 Gemeinderäthe und der Schriftführer.

Verhandlungsgegenstände:

I. Der Schriftführer verliest das Protokoll über die letzte Gemeinderathsitzung; dasselbe wird ratificiert.

II. Der Vorsitzende widmet dem verstorbenen k. k. Landespräsidenten Alexander Grafen v. Auersperg einen warmen Nachruf, betont, daß das Land Krain und die Landeshauptstadt durch dessen Ableben einen herben Verlust erlitten. Die Landeshauptstadt wird dem Verstorbenen, der mit aller Hingebung für Vaterland und Stadt wirkte, ein dankbares Andenken bewahren. (Sämmtliche Gemeinderäthe erheben sich von den Sigen.)

Der Vorsitzende ladet die Herren Gemeinderäthe zur Theilnahme an dem am 26. d. in der hiesigen Domkirche stattfindenden Trauergottesdienste ein.

Der Gemeinderath drückt der gemeinderäthlichen Deputation, welche der Leichenfeier in Görz beiwohnte, seinen Dank aus.

III. Der Gemeinderath entscheidet über Vortrag des Herrn Magistratsreferenten über 62 Reclamationen in betreff der Richtigstellung der Gemeindevählerlisten für die bevorstehenden Gemeinderaths-Ergänzungswahlen. Diese Wahlen werden vom dritten Wahlkörper am 13., vom zweiten am 14. und vom ersten am 16. April vorgenommen werden. Die Wahl des Vorsitzenden und der gemeinderäthlichen Commissionsmitglieder für diesen Wahlkörper wird, wie bisher, dem Herrn Bürgermeister überlassen.

IV. Der Gemeinderath nimmt das loyale Anerbieten des krainischen Sparcasvereines, wornach im neuen Sparcasgebäude die nöthigen Localitäten zur Unterbringung der Oberrealschule auf die Dauer von mindestens fünf Jahren gegen dreijährige Kündigung ohne Mietzins überlassen werden, im Prinzipie an, beantragt, daß das Ersfordernis der Realschullocalitäten durch eine aus Mitgliedern des Landesauschusses, des Gemeinderathes, des Sparcasvereines und der Oberrealschul-Direction festgesetzt, sofort die Beitragsleistung der Commune zu den gewöhnlichen Gebäudeerhaltungs-, Assicuranz- und zur Hausmeisterdotations fixiert und vonseite des Magistrates ohne Verzug das geeignete eingeleitet werde, damit die Oberrealschule in dem neuen Hause baldigst untergebracht werde.

V. Herr G. N. Regierungsrath Paschan erstattet Bericht über die infolge Auftrags des Finanzministeriums unter Leitung der krainer Finanz-Direction stattgefundenen comissionelle Revision des Linien-Verzehrungssteuer-Tarifs für Laibach. Der genannte Referent wohnt dieser Enquete-Verhandlung als Abgeordneter des laibacher Gemeinderathes bei und berichtet über den Verlauf der Verhandlung folgendes: Der Tarif enthält 50 Posten, dieselben wurden sämmtlich durchgeprüft und die Commission hielt hierbei drei Fragen im Auge und zwar: 1. ob die gegenwärtigen Tariffätze den derzeitigen Verhältnissen entsprechen? 2. ob nicht einige Tariffätze gänzlich zu löschen wären? 3. ob nicht in der Methode der Einhebung eine Aenderung eintreten sollte? — Die Commission beantragte beim h. Finanzministerium: 1. eine Steuererhöhung beim Dorfweiden (im Gewichte über 35 Pfund) und beim Großgeflügel; 2. eine Steuerherabminde-

— rung bei Sämmern (und Rigen) und Wachs (Wachserzen und Wachserzeugnissen); 3. die Pöschung der Tariffätze für junge Hühner, Tauben, einige Gemüsearten, Eier, Holzspole, Steinkohle und Coals. — Bei Revision des Tarifes wurde auf das neue Maß- und Gewichtssystem Rücksicht genommen und bei den Steuerbeträgen Bruchtheile vermieden. — Der Gemeinderath genehmigt nach kurzer Debatte, an der die H. N. von Schrey, Bürger und Dr. v. Kaltenecker theilnahmen, die vom Referenten bei der Commission abgegebenen Erklärungen und trägt dem Magistrat die Anfügung der gemeinderäthlichen Ratificationsklausel in dem betreffenden Commissionsprotokolle auf. Der Gemeinderath behält sich jedoch vor, im Falle durch diese Tarifsrevision das Aversum der Commune geschädigt werden sollte, die nöthigen Schritte hohenorts einzuleiten.

VI. Ueber die vorliegende Petition mehrerer Gewerbsgenossen, betreffend die Verlegung des Militär-Berpflegsmagazins und des Militärspitals in andere Stadttheile, faßt der Gemeinderath folgende Beschlüsse:

1. Das hohe Reichskriegsministerium ist zu ersuchen, das k. k. Militär-Stationcommando in Laibach anzumessen und zu ermächtigen: mit der Stadtgemeinde Laibach in betreff obiger Dislocation in Verhandlung zu treten. Bei dieser Verhandlung wären die ärarischen Depotgebäude in Selo für das Militärspital und ein anderer Stadttheil für das Berpflegsmagazin ins Auge zu fassen. Die Ausmittelung des von der Stadtgemeinde Laibach zu leistenden Aequivalentes für die bezeichneten ärarischen Gebäude und die Entscheidung der Frage der Beistellung eines passenden Grundterrains zur Unterbringung obgenannter Militäranstalten hätte commissionell zu erfolgen.

2. Das hohe Ackerbauministerium ist um die Bewilligung zur Umgestaltung des k. k. Beschäldepots in ein Militärspital zu ersuchen.

3. Zur Unterstützung des arbeitslosen Gewerbsstandes sind als Nothstandshauten zu beantragen:

a) der Aufbau eines zweiten Stockwerkes auf der k. k. Militärfaserne in der Petersvorstadt;
b) der Neubau von Disasterialgebäuden in Laibach zur Unterbringung der Kanzleien für k. k. Finanz- und übrige Behörden, wodurch eine Ersparung von Mietzinsen eintreten und Wohnungen für Parteien gewonnen würden.

ad 1, 2 und 3 der Magistrat wird beauftragt, die diesbezüglichen Petitionen an das Reichskriegs-, Ackerbau- und Gesamtministerium zu verassen.

VII. Der Gemeinderath ratificiert die erfolgte protokollarische Uebergabe des auf 70,000 fl. veranschlagten Baues einer neuen städtischen Volksschule an die krainische Baugesellschaft. Das gemeinderäthliche Baucomité wird unter einem ermächtigt, die nach Antrag des städtischen Bauamtes bei Fundierung des Neubaus notwendig erscheinende Mehr- und vom Bauplane abweichenden Arbeiten mit Rücksicht auf das strengste Ersparnis gegen nachträgliche gemeinderäthliche Genehmigung auszuführen zu lassen.

Hierauf Schluß der öffentlichen und Beginn der geheimen Sitzung.

— (Das feierliche Todtenamt) für den verstorbenen Herrn k. k. Landespräsidenten Alexander Grafen v. Auersperg wurde heute vormittags 10 Uhr in der hiesigen Domkirche abgehalten.

— („Graf Alexander v. Auersperg“) — so meldet der görzter Correspondent der „Trießter Ztg.“ unterm 21. d. M. — „vermochte schon seit vierzehn Tagen nicht mehr seine gewohnte Nachmittagsspazierfahrt nach Görz zu unternehmen und bereits zweimal litt er an Erstickungsanfällen, welche ihn mit dem Tode bedrohten. Am 19. unterlag er einem neuen Anfall. Nur vormittags vermochte er noch wenige Worte zu sprechen und seine edle Frau und seine zwei Töchter zu segnen. Dann konnte er nur noch leiden, die Kunst der Aerzte, welche sein Lager umgaben, war erschöpft, obwohl Dr. Maurovich und Stadtphysikus Grefic alles mögliche anwandten, um seine Leiden zu lindern. Gegen Abend verschied er, umgeben von der trauernden Familie, seinem Bruder und seinem treuen Freunde Grafen Rudolf Atems.“

— (Herr Johann Winter), k. k. Finanzrath in Pension, starb am 22. d. im 69. Lebensjahre in Laibach und wurde am 24. d. unter großer Theilnahme vonseite seiner Freunde, Bekannten und Amtsgenossen zu Grabe getragen. Die Verfassungsparthei verlor einen treu ergebenen Streiter, das Jagdwesen einen thätigen Waidmann, die Natur einen ihrer eifrigsten Verehrer.

— (Der Weltpriester Herr Friedrich Kriznar) wurde zum wirklichen Religionslehrer an der Staatsrealschule in Laibach ernannt.

— (Aus dem Parlamente.) Abg. Dr. Suppan referierte am 23. d. über die vom Abg. Dr. Webl beantragte Resolution: „Die hohe Regierung wird ersucht, dahin zu wirken, daß die Agenden des Cultusministeriums vom Unterrichtsministerium getrennt werden.“ Der Redner betonte: Die Zuweisung der Agenden eines Ministeriums sei einzig und allein Sache der Krone, in deren Rechte durch die Annahme des vorliegenden Antrages ein Eingriff gemacht werden würde. In dem Antrage des Abg. Dr. Webl sei auch nicht ausgesprochen, ob ein eigenes Cultusministerium zu schaffen sei, wodurch jedenfalls der Staatsschatz noch mehr belastet werden und keine entsprechende Garantie für die energische Handhabung der comissionellen Gesetze geschaffen werden würde.

